

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblatt“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die Kleinpäckige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Sprechstelle Nr. 210.

Nr. 216.

Mittwoch, den 17. September

1913.

60. Jahrgang.

3. Termin Gemeindeeinkommensteuer für 1913 betr.
An die sofortige Bezahlung des 3. Termins Gemeindeeinkommensteuer für 1913 wird hiermit erinnert.
Da die zur Bezahlung nachgelassene Frist von 4 Wochen abgelaufen ist, wird gegen sämige Zahler das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.
Stadtamt Eibenstock, am 16. September 1913.

Für ein halbjähriges Kind suchen wir gute Pflege. Das Kind kann an Kindergarten angenommen werden. Angebote bis 23. d.S. R. an unsere Polizeiregistratur erbeten.
Stadtamt Eibenstock, am 15. September 1913.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Materialwarenhändlers Friedrich Emil Blechschmidt in Eibenstock soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind 286 M. 42 Pfg. verfügbar, wovon jedoch die Kosten des Verfahrens und der Verteilung zu kürzen und 121 M. 17 Pfg. bevorrechtigte Forderungen zu bezahlen sind. Der Rest entfällt auf 4279.69 M. nichtbevorrechtigte Forderungen.

Eibenstock, den 15. September 1913.

Der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Lottermoser.

Sächsische Industrie und Balkantrieb.

Über die Schädigungen, die der sächsischen Industrie aus dem Balkantrieb erwachsen sind, gibt der Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig auf das Jahr 1912 in einem zusammenfassenden Überblick interessante Einzelheiten.

Die Einwirkungen des Krieges waren zunächst indirekte, indem die Sorge um die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan und die Furcht vor einem großen europäischen Kriege, die besonders um Verlust auf das höchste gesteigert wurde, die Unternehmungslust stark einschränkte und die Hoffnung der Kaufmannswelt auf ruhige Zustände im Süden und Osten vernichtet. Truppenmobilisierungen in Russland und Österreich verursachten Panik an der Börse; auch des Publikums im allgemeinen bemächtigte sich eine große Angst. Außer Handelsfirmen litten selbst Privatpersonen ihre Stellung für alle Fälle zu bestreiten; es geschah aber nicht nur — was durchaus zu recht fertigen gewesen wäre — durch Zurückhaltung von Unternehmungen und Einschränkung des Bedarfs, sondern leider auch in kurzfristiger Weise durch Abheben von Geldern bei Banken und Sparkassen und Verhülfen der stark begehrten Umlaufsmittel in Privatkassen und Tresoren. Das führte zu einer außerordentlichen Entfärbung des Goldes von seinem bestimmungsmäßigen Platze, wo der Reichskanzler, von der noch niemals seit ihrem Bestehen, ohne daß Goldexport nach dem Auslande stattfand, sowie an Gold entnommen wurde. Die Folge war, daß für Gold, das durch die Bedürfnisse der vorzüglich prosperierenden Industrie, durch den beinahe siebenfach pulsierenden Bericht und durch die Besteuerung der Rohmaterialien, Lebensmittel und Löhne schon ohnehin sehr stark begehrt wurde, ein anormal hoher Preis gezahlt werden mußte, und daß der Zinsfuß, der dem Diskontjahr für Wechsel in entsprechendem Abstande folgte, zeitweilig auf 7 bis 8 Prozent stieg, so tagweise an der Börse Säße von 10 bis 20 Prozent erreichte, wie sie wohl an der New Yorker Börse öfter vorzutreffen, in Deutschland aber etwas ganz Außergewöhnliches sind und eine übertriebene Anspannung des Geldmarktes kennzeichnen.

Die Balkanwirren brachten aber auch in anderer Beziehung Störungen für den Verkehr. Es resultierten Schäden nicht nur aus den direkten Beziehungen unserer Kaufleute zu den Balkanländern, die früher eiteste Aufträge annulierten und langfristige Moratorien verordneten, vor allem wurden unsere Nachbarn, die Österreicher, deren Handel nach dem Balkan schwer ins Gewicht fällt, durch neue Zahlungsschwierigkeiten schwer beeinträchtigt und durch die Blockade eines Teiles ihrer Truppen tief beunruhigt und geschädigt, so daß sie vielfach die Nachricht ihrer reichsdeutschen Verbindungen in Anspruch nehmen müssen. Insbesondere klagen über Schädigungen durch den Balkantrieb der Export- und Importgeschäfte, der Eiergroßhandel, die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, wie überhaupt die Maschinenindustrie, die Eisengießereien, die Fabriken wissenschaftlicher Apparate und wissenschaftlicher Instrumente, der Wagenbau, die Motorenindustrie, die Stahlseidenindustrie, die Armaturenindustrie, der Stahlgroßhandel, die Maßstabfabriken, die Kurz- und Spieltwarenindustrie, der Uhrengroßhandel, die Pianoforte- und Harmoniumindustrie, die geographischen Anstalten, die Kunstdruckbranche, die Buchdruckindustrie, die Druckseidenindustrie, die Farbenfabrik, die Lackfabriken, die Gummiwarenfabriken, der Chemikalienhandel, die ätherische Oelindustrie und auch sonst die chemische Industrie, die Kautschukzulieferer und Färberwerke. Des weiteren machten sich die Folgen des Balkantriebes auch bemerkbar in der Modellkonfektion, im Tuchverband, im Manufakturwaren-Großhandel, in der Rüschen- und Schieferfabrikation.

tion, im Speditionsgewerbe und in anderen Geschäftszweigen.

Über die schädlichen Folgen des italo-türkischen Krieges hatten außer dem Exporthandel auch die Kunstdruckbranche, die Lebendwarenfabrikation und die Maschinenindustrie zu klagen.

Die Kammer gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn der Friede auf dem Balkan nicht gestoßen worden wäre, und ein kriegerisches Auseinanderprallen der europäischen Großmächte außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeiten gelegen hätte, wir vielleicht eins der glänzendsten Geschäftsjahre in der deutschen Wirtschaftsgeschichte durchlebt haben würden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Keine deutschen Instrukturen für China. Die Meldung, daß China mit Deutschland ein Abkommen getroffen habe, nach welchem deutsche Offiziere, darunter eine Anzahl von Generälen, nach China gehen werden, um eine Kooperation des chinesischen Heeres in die Wege zu leiten, wird in Berliner militärischen Kreisen zurzeit für völlig ungünstig erklärt.

— Die Nationalliberalen und die Welfenfrage. Der Provinzialvorstand der national-liberalen Partei in Hannover hat in seiner am Sonntag abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung gefasst: Mit aufrichtiger Freude hat die national-liberale Partei in der Provinz Hannover die Annahme eines endgültigen Friedens zwischen dem Kaiserreich und der Familie des Herzogs von Cumberland begrüßt. Wie geben und geben uns der Hoffnung hin, daß in absehbarer Zeit der junge Prinz in Braunschweig einziehen wird, um das Ende seiner Väter anzutreten. Wir hofften, daß nun die Welfenfrage, die es staatsrechtlich nicht gibt, auch politisch erledigt sei und der Provinz Hannover der politische Frieden gegeben würde, und so endlich weite Kreise zur frohen Mitarbeit am Wohle des preußischen Staates und des Deutschen Reiches gelangen würden. Die rechtliche Frage ist klar, daß nur der Bundesfürst sein kann, der den Bestand des Deutschen Reiches ohne Vorbehalt anerkennt. Nur die bange Sorge um des Volkes und des Vaterlandes Wohl veranlaßt die national-liberale Partei, als langjährige Trägerin des nationalen Gedankens in der Provinz Hannover — sie glaubt sich darin mit anderen Parteien einig —, sich dahin zu erklären, daß das nationale Interesse vor Erledigung der braunschweigischen Frage einen klaren und offenen staatsrechtlichen Besitz erfordert, der jeder weiteren welfischen Agitation den Boden entzieht. Sohn sieht eine bedeutende Verstärkung der welfischen Propaganda festzustellen. Und der Grund dafür liegt ausschließlich darin, daß man es vermeidet, klare Verhältnisse zu schaffen. Die Propaganda würde zum Schaden des nationalen Gedankens und des nationalen Friedens ins Unermessliche steigen, wenn man auch in Zukunft von der Schaffung klarer Verhältnisse abssehen wollte.

Österreich-Ungarn.

— Österreichische Mandat. Am vergangenen Sonntag begannen die größeren kriegsmäßigen Mandat in Südböhmen unter Leitung des Generalmajors der gesamten bewaffneten Macht, Erzherzogs Franz Ferdinand.

Italien.

— Ein italienischer General im Sterben. Ein Telegramm aus Triest meldet, daß General Salza, der die italienische Expedition in Afrika leitet, im Sterben liegt. Er sei bereits seit einigen Wochen erkrankt. Der König von Italien und die

Regierung erhalten täglich Nachrichten über seinen Zustand.

Frankreich.

— Die französischen Manöver. Der „Maitin“ veröffentlicht eine Erklärung des Chefs des französischen Generalstabes, General Joffre. Dieser äußert sich dahin, daß die Manöver vollständig gut verlaufen sind und der französischen Arme das beste Zeugnis ausstellen, sowie in ganz Frankreich den besten Eindruck machen. Die einzelnen Offiziere hätten sich vor außerordentlich schweren verantwortlichen Aufgaben befunden und diese vollkommen beständig gelöst. Auch die Soldaten hätten bedeutende Anstrengungen machen müssen, aber auch sie sind den ihnen gestellten Aufgaben vollkommen gerecht geworden. Man kann Frankreich zu diesem Resultat beglückwünschen.

England.

— Englische Altersschwäche. Der frühere Ministerpräsident von Neuseeland, Sir Ward, welcher neun Monate in England verbracht hat, erzählte bei seiner Rückkehr, daß England an Altersschwäche leide und der Degeneration entgegen gehe. Die Entartung, die in England herrsche, beschäftige alle interessierten Kreise. Ward spricht die Hoffnung aus, daß man in Neuseeland alles tun werde, um eine solche Entartung zu verhindern, und einer Degeneration vorzubeugen.

Balkan.

— Offizieller Bericht der Bulgaren auf Kirklisse. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt von einflussreicher Seite, daß die Bulgaren in der Sitzung am Montag offiziell auf Kirklisse verzichten würden, nachdem die Bemühungen durch diplomatische Fürsprache diese Position zu retten, schon daran scheiterten, daß die Diplomaten bei der sicheren Aussicht auf die kategorische Ablehnung durch die Porte ein Engagement gar nicht mehr verlängerten. Den einzigen noch ernstlich zur Diskussion stehenden Punkt bildet Demotika. Aber auch dabei ist Bulgarien zum Nachgeben bereit, soweit die strategischen Positionen dieses Gebietes in Betracht kommen. Man wird offenbar aus innerpolitischen Gründen wenigstens das Stadtgebiet von Demotika zu retten suchen, wird aber schließlich auch daran das Friedenswerk nicht scheitern lassen.

Japan.

— Der drohende Krieg zwischen Japan und China. Nach den über neue chinesisch-japanische Zwischenfälle verbreiteten Meldungen kommt man auch in Berliner politischen Kreisen allmählich zu der Ansicht, daß sich die japanische Volksbewegung nicht mehr zügeln lassen werde, und daß der Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Mächten als nicht unmöglich hingestellt werden müsse. Nebenbei sucht Japan nach wie vor noch das Feuer zu schüren. Jetzt läßt es nämlich seinen alten Feinde noch eine neue hinzu. Uns wird gemeldet: Nahe den bekannten Forderungen, welche die japanische Regierung wegen des Nanjing-Zwischenfalls stellt, fordert nun Japan, daß auch der Präsident der chinesischen Republik in einer Botschaft sein Bedauern ausspreche, und daß der General Chansung abbauen werde. General Chansung wurde aber wegen seiner loyalen Haltung während der Krise zum Gouverneur des Bezirks Kiangsu ernannt. Die Regierung befindet sich nun in einer schwierigen Lage, da sie sich unentschlossen ist, welchen anderen Posten man dem General anbieten könnte, der mit seinem Temperament überzeugt ist. Die Freunde sind sehr interessiert an der Art und Weise, wie die chinesische Regierung diese Frage lösen wird.